

Hessen will Ukrainern helfen

Generalkonsul fordert Defensivwaffen

WIESBADEN Die Landesregierung will den Ukrainern in Hessen rasch und konkret helfen. Das wurde in einem Gespräch vereinbart, zu dem Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), Mitglieder des Kabinetts und die Vorsitzenden der Landtags-Fraktionen am Donnerstag mit dem Generalkonsul der Ukraine, Vadym Kostyuk in der Staatskanzlei zusammenkamen. Bouffier berichtete anschließend, dass wegen des geschlossenen Luftraums über ihrem Land viele Ukrainer am Frankfurter Flughafen gestrandet seien. Ihnen werde man Aufenthaltsmöglichkeiten und unbürokratische Hilfen anbieten. Die Menschen hätten keine telefonische Verbindung in ihre Heimat und kein Geld. Auch in dieser Hinsicht werde man für Abhilfe sorgen.

In Abstimmung mit dem Generalkonsulat in Frankfurt wolle man auch den zirka 10 000 in Hessen lebenden Ukrainern „unmittelbare Hilfe“ zukommen lassen, so Bouffier. Dazu forderte er aber auch alle Hessen mit entsprechenden Kontakten auf. Für die Ukraine kündigte der Regierungschef medizinische Hilfe und die Lieferung von Nahrungsmitteln an. Bouffier erklärte, dass er nicht mit einem großen Flüchtlingsstrom rechne. Aber der Innenminister habe dafür gesorgt, dass Hessen vorbereitet sei.

Mit den Worten „Heute sind wir alle Ukrainer“ hatte Landtagspräsident Boris Rhein (CDU) Kostyuk vor dem Termin in der Staatskanzlei im Plenarsaal des Landtags als „lieben Freund“ begrüßt. „Der Krieg ist da“, stellte der Gast fest. „Wir hoffen sehr auf weitere Defensivwaffen“, sagte er, ohne ausdrücklich die Tatsache zu erwähnen, dass Deutschland sich zu dieser Form der Hilfe nicht bereitfinde. Es gehe darum, das Land vor der Vernichtung zu bewahren, so Kostyuk. „Mit Flugabwehraketen kann man nicht angreifen.“ Darauf angesprochen, sagte Bouffier, dass er den Wunsch der Ukrainer sehr gut verstehen könne. Es sei aber „in dieser Stunde nicht meine Aufgabe, die Grundposition der Bundesregierung zu interpretieren“.

Kostyuk sprach sich auch für Sanktionen aus, die so „schmerzhaft“ sein müssten, dass sie den Angreifer davon abhielten, sein Land vollständig zu zerstören. Russ mit Sanktionen werde auch der russischen Bevölkerung klar gemacht, „was passiert“. Russland müsse von den internationalen Finanzströmen abgeschnitten und von den unterschiedlichen politischen Formaten isoliert werden. Das gelte „von den Vereinten Nationen bis zu Städtepartnerschaften“.

Kostyuk bat außerdem um finanzielle Unterstützung und humanitäre Hilfe. Was darunter zu verstehen sei, wisse die Welt aus Erfahrung nur allzu gut. Der Generalkonsul erzählte von einer jungen Frau aus seiner Heimat, die in Frankfurt die deutsche Sprache studiere. Ihre Eltern lebten zwanzig Kilometer von der Grenze entfernt. Heute morgen seien sie für ihre Tochter telefonisch nicht erreichbar gewesen. Von seinen Gastgebern wünschte Kostyuk sich „ein starkes Deutsch ohne Konjunktiv und ohne Modalwörter“. Dafür bekam der Redner nur von der Linken keinen Applaus.

Den Angriff hatte der Fraktionsvorsitzende Jan Schalauske immerhin „unmissverständlich verurteilt“, als die Abgeordneten morgens darüber debattierten. Bouffier sprach von einem Tag der Schande, der die Weltpolitik verändere. Der Chef der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, forderte „eine entschlossene Antwort der Weltgemeinschaft“. Jeder, der an Demokratie, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen glaube, sei fassungslos. „Putin ist ein Aggressor, der das Völkerrecht mit Panzern niederwalzen lässt.“ Der Krieg müsse gestoppt werden, ehe er zu einem Flächenbrand werde, forderte Rudolph.

„Der Aggressor heißt ohne jeden Zweifel Putin“, stellte Matthias Wagner, Fraktionschef der Grünen, fest. Alle spürten, „dass von dem heute begonnenen Krieg Gefahren für ganz Europa, ja für die gesamte Weltordnung ausgehen.“ René Rock, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erinnerte an die Erfahrungen des Kalten Krieges, als Hessen an der Grenze des Eisernen Vorhangs gelegen habe. „Die NATO ist unsere Lebensversicherung.“ Für die AfD-Fraktion erklärte der Abgeordnete Erich Heidkamp, dass sich nun zeige, „was Verbrecher mit einem Volk machen können“.

Als Zeichen der Solidarität weht seit Donnerstag sowohl vor dem Landtag als auch vor der Staatskanzlei die ukrainische Flagge. htr.



Schwarmintelligenz: Auch die Eltern von Kindergartenkindern sollen eine Landesvertretung bekommen.

Foto Marcus Kaufhold

Beirat für hessische Kita-Eltern

WIESBADEN Geht es nach der Koalition im Landtag, dann werden die Kindergärten bei der Elternvertretung mit den Schulen gleichziehen – mit mehr als sechzig Jahren Verspätung.

Für die Eltern hessischer Schulkinder gibt es seit mehr als sechs Jahrzehnten einen Landeselternbeirat, für die von Kindergartenkindern will die Koalition aus CDU und Grünen nun ebenfalls einen auf den Weg bringen. Noch vor der Sommerpause wollen die beiden Fraktionen dazu einen Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag einbringen, wie die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Kathrin Anders, auf Anfrage sagt. Die Koalition halte es für „besonders wichtig, dass es ein Beteiligungsgremium für Kita-Eltern auf Landesebene gibt“. Dieses Ziel hatte der Landtag schon vor knapp vier Jahren beschlossen. Der Sprecher der CDU-Fraktion bestätigte die Pläne, nennt aber wie auch die Sprecherin der Grünen-Fraktion keine Details zum Inhalt des geplanten Gesetzes. Eine wichtige Frage wird sein, ob sich der Beirat aus Delegierten von Kreis- oder Stadtteilernbeiräten zusammensetzen soll. Solche Gremien gibt es für Kindertagesstätten nämlich vielerorts ebenfalls noch nicht – oder nur für die Eltern städtischer Kindergärten. Viele Einrichtungen haben aber kirchliche oder andere freie Träger, etwa Wohlfahrtsverbände.

Trotz der vielgestaltigen Strukturen haben die meisten Bundesländer inzwischen Landeselternvertreter für Kindertagesstätten eingeführt, darunter Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, nicht aber Bayern. In Hessen gibt es bisher nur eine Landesarbeitsgemeinschaft Kita-Eltern Hessen (LAG) mit einer vom Sozialministerium finanzierten Servicestelle. Als SPD- und FDP-Fraktion 2019

einen Gesetzentwurf für einen Landeselternbeirat vorlegten, hielten Vertreter der Koalition es noch für zu früh, das Thema anzupacken – auch Sozialminister Kai Klose (Die Grünen).

Jetzt unterstützt sein Ministerium das Ziel, „Elternbeiräte über die Einrichtungen hinaus zu etablieren“. Die Behörde verweist darauf, seit 2018 die LAG Kita-Eltern zu fördern, „um eine Bestandsaufnahme zu fertigen“. Die Arbeitsgemeinschaft selbst habe sich in der Anhörung zum damaligen Gesetzentwurf der Opposition dagegen ausgesprochen, diesen sofort zu verabschieden, und vorgeschlagen, zunächst die Lage zu sichten. Es folgte eine Umfrage in den Kommunen.

Vor gut einem Jahr hat die Arbeitsgemeinschaft dann ein Eckpunktepapier beschlossen für einen Landeselternbeirat, der im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch verankert werden soll. Nikolai von Schlotheim aus dem Vorstand ist der Sprecher des „Arbeitskreises Landeselternbeirat“. Ihm wäre ein „schlankes Gesetz“ am liebsten. „Es sollte dem Landeselternbeirat Spielraum lassen, seine Struktur

selbst zu organisieren.“ Die Eltern schlagen außerdem vor, gleichzeitig trägerübergreifende Stadt- und Kreiselternbeiräte einzuführen. Die sollen dann die Landeselternbeiratsmitglieder wählen. Wo es die untere Ebene noch nicht gibt, könnten für den Übergang auch provisorische Zusammenschlüsse Delegierte entsenden. Der Vater Nikolai von Schlotheim meint: „Mit den freien Trägern sind wir in einem guten Austausch und leben schon etwas die Elternvertretung auf Landesebene.“ Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, zu der große Träger wie Awo, Caritas, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband, lade die LAG regelmäßig zu ihren Treffen ein.

Aber die Kita-Eltern wünschen sich ein ähnlich ausgestattetes Gremium, wie es Schul-Eltern seit Jahrzehnten haben. „Der Austausch von Eltern auf unserer Facebook-Seite ist reger, aber informell. Ein E-Mail-Verteiler aller hessischen Elternbeiräte würde die Kommunikation enorm erleichtern.“ Als Beispiel nennt der Vater die Tests in Kindergärten. „Viele Eltern wünschten sich eine klare Vorschrift. Ein Beirat könnte das deutlicher und verbind-

licher artikulieren. Genauso wie den Ruf nach frühkindlicher Bildung, die wegen der Pandemie vielerorts brachliegt.“

Aus Sicht der Grünen-Abgeordneten Anders hat die LAG „wichtige Vorarbeit“ geleistet, indem sie geholfen habe, Stadtteilernbeiräte einzurichten und Eltern aller Träger zusammenzubringen. In Hochheim im Main-Taunus-Kreis ist das jüngst gelungen. In der größten hessischen Stadt Frankfurt mit ungefähr 150 freien und konfessionellen Trägern gibt es bisher nur einen Gesamtelternbeirat der Tagesstätten des städtischen Trägers Kita Frankfurt. Dessen Vorsitzender Thomas Krohn hofft, dass die Diskussion auf Landesebene das Vorhaben für einen Beirat aller Träger in der Stadt beschleunigt. Krohns Beirat spricht für die Eltern von 147 Einrichtungen mit 12 600 Plätzen – gegenüber fast 34 000 Plätzen bei den freien Trägern. „Wir allein wären daher keine gute Andockstelle für die Landesebene.“ Der Vater meint: Ein übergreifender Stadtteilernbeirat würde helfen, um Themen wie Personalmangel und die Zukunft der Horte anzupacken.

Der Plan steht auch im Koalitionsvertrag des Viererbündnisses im Rathaus Römer. Wie aus dem Bildungsdezernat von Stadträtin Sylvia Weber (SPD) zu hören ist, soll das zuständige Stadtschulamt zusammen mit Trägern und Eltern einen Vorschlag erarbeiten. Der neue Beirat soll sich an Stadtteilen und Schulbezirken orientieren, nicht an den „Regionen“ von Kita Frankfurt, weil freie Träger anders organisiert sind. Wann mit dem Vorschlag zu rechnen ist, kann das Dezernat noch nicht sagen. flf.

„Querdenker“ betreut Schutzbefohlene

HANAU Kaminsky zeigt Anwalt an, der Senioren von Corona-Impfung abgehalten haben soll

Wegen der Misshandlung von Schutzbefohlenen sowie der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole hat der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) Strafanzeige gegen den Hanauer Rechtsanwalt Holger Fischer am Amtsgericht Hanau gestellt. Außerdem forderte er die Rechtsanwaltskammer in Frankfurt zur Prüfung auf, ob Fischers Anwaltszulassung entzogen werden sollte. Kaminsky wirft Fischer vor, als gesetzlicher Betreuer von Schutzbefohlenen massiv auf diese eingewirkt zu haben, damit sie sich nicht gegen Corona impfen lassen. Er wolle von der Justiz wissen, ob sich das Verhalten Fischers mit dem Betreuungsrecht vereinbaren lasse, sagte Kaminsky auf einer Pressekonferenz, an der auch Kreisgesundheitsdezernentin Susanne Simmler (SPD), der Vorsitzende des Behindertenwerks Main-Kinzig, Martin Berg, sowie die Sozialtherapeutin Birgit Höllmer teilnahmen.

Kaminsky, der vor einigen Tagen durch einen Bericht des Hessischen Rundfunks auf Fischer aufmerksam gemacht worden war, zeigte einen Auftritt des Anwalts bei einer „Querdenker“-Demonstration in Gelnhausen, der auf Youtube abgerufen werden kann. Dort spricht Fischer davon, dass Impfen Völkermord sei und die Corona-Maßnahmen an den Schulen Folter seien. Laut Kaminsky stehen 79 Personen aus dem Main-Kinzig-Kreis bei

Fischer unter Betreuung. Dabei handele es sich um Menschen, die sonst niemanden hätten, der sich um ihre Belange kümmere. Diese Schwächsten der Gesellschaft gelte es besonders zu schützen. Jeder weitere Tag, an dem Betreute in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Fischer stünden, müsse verantwortet werden, sagte Kaminsky mit Blick auf die Justiz, denn rechtliche Betreuer werden auf Vorschlag der Betreuungsbehörde beim Kreis von den Amtsgerichten Hanau und Gelnhausen eingesetzt. Die Unabhängigkeit des Richteramts bedeute nicht, dass die Justiz in einem Fall wie Fischer keine Verantwortung zu übernehmen habe, so Kaminsky. Fischer müsse von der Aufgabe entbunden werden.

Wie das Vorgehen Fischers in der Praxis mutmaßlich aussieht, schilderte Behindertenwerk-Leiter Berg. Ein großer Teil der Personen, die rechtlich betreut werden, besucht die Einrichtungen des Behindertenwerks. Einige von ihnen, die sich gegen Corona hätten impfen lassen wollen, hätten sich über Manipulationen und Drohungen ihres Betreuers Fischer beklagt. „Wenn du dich impfen lässt, bist du in drei Monaten tot“, soll er zu einer Frau gesagt haben. Eine andere habe er nach der Impfung konsequent ignoriert. Wiederholt habe Fischer gegenüber Betreuten Vorsichtsmaßnahmen gegen Corona, etwa die Maskenpflicht, infrage gestellt. Er, Berg, habe daraufhin die

zuständigen Behörden von dem „groben Umgang und dem Machtmissbrauch Fischers gegenüber seinen Schutzbefohlenen“ informiert. Eine Reaktion gebe es nicht.

Von einer großen Unsicherheit bei den Betroffenen, bei Pflegekräften und ehrenamtlichen Betreuern berichtete die Sozialarbeiterin Birgit Höllmer, die seit rund 30 Jahren in der Psychiatrie und in der Psychosozialen Versorgung der Region arbeitet. Vor allem für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder geistigen Beeinträchtigungen entstehe eine schwierige Situation. Würden sie auf Drängen des Betreuers nicht geimpft, bedeute das für sie soziale Isolation. Pflegekräfte wiederum hätten Angst, juristisch belangt zu werden, wenn eine Impfung stattdünde. Höllmer verwies auf ein von Fischer verbreitetes Formular zur Untersagung der Impfung. Darin werden schwerwiegende juristische Folgen aufgezeigt.

Kreisbeigeordnete Simmler forderte die Gerichte auf, für die Einhaltung des Betreuungsrechts und die Fürsorge Betreuer zu sorgen. Bei Fischer sei die professionelle Distanz nicht gewahrt. Sie habe sich deshalb an beide Amtsgerichte gewandt. Nach ihren Angaben gibt es im Kreis etwa 7000 Betreuungsfälle, die zu 60 Prozent ehrenamtlich und zu 40 Prozent von Berufsbetreuern versorgt würden. Das sind etwa 120 Betreuer, die für ihre Leis-

tungen pro Fall bezahlt werden. Eine Obergrenze für die Zahl der Betreuten gebe es nicht. Simmler sprach von bis zu 100 Schutzbefohlenen pro Berufsbetreuer. Dieser „Massenbetreuung“ von Staats wegen müsse ein Ende gesetzt werden. Auch bessere Kontrollmechanismen seien nötig. So gebe es eine Prüfung allenfalls alle sieben Jahre, wenn es ein Gericht anfordere. Das sei nicht verpflichtend.

Fischer wies die Vorwürfe im Gespräch mit dieser Zeitung zurück. Er verwies auf verschiedene Stellungnahmen, die er bei der Rechtsanwaltskammer eingereicht habe, sowie auf verschiedene Kanäle im Internet veröffentlichte. Dort spricht er von einer „strafrechtlich relevanten Kampagne“ des Oberbürgermeisters gegen ihn. Kaminsky verstoße gegen seine Beamtenpflichten, sowohl gegen das Mäßigungs- als auch das Neutralitätsgebot. Auch dem HR, der die ersten Anschuldigungen gegen Fischer erhob, wirft Fischer eine Rufmordkampagne vor, gegen die er sich „presserechtlich, strafrechtlich und datenschutzrechtlich“ wehre. Alle seine Betreuten hätten sich impfen lassen, wenn immer sie das gewollt hätten. Fischer moniert, dass personenbezogene Daten über ihn vom Gesundheitsamt an den HR weitergegeben worden seien, etwa über die Zahl der in einem Kalenderjahr geführten Betreuungen sowie Details aus zwei Betreuungen. Dies sei eine Straftat. lu.



Unbedingt handeln

Von Luise Glaser-Lotz

Wenn ein Mensch nicht oder nicht mehr in der Lage ist, seine Angelegenheiten zu regeln und es auch kein Angehöriger für ihn tun kann, ist das eine höchst bedrückende Situation. Die Betroffenen müssen sich bei allen wesentlichen Entscheidungen über ihr Leben und ihr Sterben auf andere, meist fremde Personen verlassen. Wer diese Aufgabe übernimmt, sollte hohe moralische Ansprüche an sich selbst stellen. Er sollte Tag und Nacht telefonisch erreichbar sein, etwa wenn ein Notarzt am Sterbebett eines Betreuten steht und wichtige Entscheidungen nicht ohne Zustimmung des Betreuers treffen kann. Und er sollte kompetent und vertrauenswürdig die Finanzen des Betreuten regeln. Wer mit der Materie zu tun hat, weiß, dass diese Voraussetzungen sicher viele, aber nicht alle Berufsbetreuer erfüllen.

Es ist schwer nachzuvollziehen, dass ein Rechtsanwalt, der in der Szene der „Querdenker“ aktiv ist und der, sollten die Vorwürfe gegen ihn zutreffen, die ihm Anvertrauten aktiv davon abhält, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen, als Betreuer fungiert. Es ist wichtig, dass die Justiz die von Hanau Oberbürgermeister Claus Kaminsky gestellte Anzeige schnell bearbeitet, Klarheit in die Angelegenheit bringt und erforderliche Konsequenzen einleitet. Der Fall Fischer erscheint empörend, und er wirft ein Licht auf die strukturellen Defizite, die es bei der gesetzlichen Betreuung nicht nur im Main-Kinzig-Kreis gibt.

Eigentlich ist das Verfahren zur Einsetzung von Berufsbetreuern gar nicht so schlecht. Die bei Kommune oder Kreis angesiedelte Betreuungsbehörde am Gesundheitsamt prüft einen Bewerber und schlägt ihm dem Betreuungsgericht vor, das ihn dann in der Regel einsetzt. Allerdings sind die Voraussetzungen für so eine verantwortungsvolle Arbeit niedrig. Oft genügen ein Führungszeugnis und die Auskunft über die finanzielle Situation. Einschlägige Kurse absolviert zu haben ist vorteilhaft, aber nicht zwingend erforderlich. Ist der Betreuer einmal tätig, gibt es kaum mehr Kontrollen darüber, wie er die Aufgabe erfüllt. Schlimmer noch ist der Umstand, den Kreisgesundheitsdezernentin Susanne Simmler anprangert: Es gibt bei der Zahl der Betreuten je Betreuer keine Obergrenze. Bis zu 100 könnten es nach ihren Worten durchaus sein.

Eine qualifizierte Betreuung mit dem Aufbau einer persönlichen Beziehung kann so nicht stattfinden. Das müsste dringend geändert werden, sagt Simmler zu Recht und fordert zudem Qualitätsstandards und regelmäßige Überprüfungen der Arbeit. Bei einer immer älter werdenden Bevölkerung wächst der Bedarf sowohl an ehrenamtlichen als auch beruflichen Betreuern kontinuierlich an. Das darf aber die Sorgfalts- und Fürsorgepflicht des Staates für die hilfsbedürftigen Menschen nicht aushebeln.

S-Bahn entgleist: Strecken gesperrt

RÜSSELSHEIM Nach der Entgleisung einer S-Bahn der Linie 9 in Rüsselsheim laufen die Bergungsarbeiten. Der Zug war am Mittwochabend bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof in Richtung Wiesbaden bei langsamer Fahrt im hinteren Teil aus den Schienen gesprungen, wie die Polizei am Donnerstag berichtete. Alle 42 Fahrgäste blieben unverletzt. Die Unfallursache ist unklar. Vermutungen deuteten auf eine kaputte Weiche hin.

Der Bahnhof war am Donnerstag noch gesperrt. Der Zug sollte noch an dem Tag auf die Gleise gesetzt werden. Danach sollten Schäden an der Strecke untersucht und repariert werden. Solange der Bahnhof geschlossen bleibt, wird auch die Strecke zwischen Mainz und Frankfurt nicht freigegeben. Die S-Bahnen von Mainz fahren nur bis zum Bahnhof Mainz-Bischofsheim, die aus Frankfurt bis Raunheim. Zwischen den Orten werden Busse eingesetzt. Regionalzüge werden laut Bahn über Hochheim und Frankfurt-Höchst umgeleitet. lhe.